

Kleine Anfrage

des Abg. Andreas Glück FDP/DVP

und

Antwort

des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

**Fördermoratorium in potenziellen Endlagern
für hochradioaktiven Abfall**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit hält sie aus ihrer Sicht das von führenden Mitgliedern der Endlager-Kommission des Deutschen Bundestages geforderte Fördermoratorium in potenziellen Endlagern für sinnvoll?
2. Beträfe ein solches Moratorium auch mögliche Standorte bzw. Rohstofflagerstätten in Baden-Württemberg?
3. Falls ja, welche Standorte bzw. Regionen könnten davon betroffen sein?
4. Inwieweit könnte es infolgedessen zu Einschränkungen bei der Erschließung und Förderung heimischer Rohstoffe kommen?

28. 04. 2015

Glück FDP/DVP

Antwort

Mit Schreiben vom 19. Mai 2015 Nr. 4646.00 beantwortet das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Inwieweit hält sie aus ihrer Sicht das von führenden Mitgliedern der Endlager-Kommission des Deutschen Bundestages geforderte Fördermoratorium in potenziellen Endlagern für sinnvoll?*
2. *Beträfe ein solches Moratorium auch mögliche Standorte bzw. Rohstofflagerstätten in Baden-Württemberg?*
3. *Falls ja, welche Standorte bzw. Regionen könnten davon betroffen sein?*
4. *Inwieweit könnte es infolgedessen zu Einschränkungen bei der Erschließung und Förderung heimischer Rohstoffe kommen?*

Auf der Grundlage eines Expertengesprächs zum Thema „Standortsicherung/Veränderungssperre Gorleben“ der Arbeitsgruppe 2 vom 13. April 2015 hat die Kommission zur Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe auf ihrer Sitzung am 20. April 2015 folgenden Beschluss gefasst:

- *Die Kommission bittet die Bundesregierung, unverzüglich eine gesetzliche Regelung unter Beteiligung der Kommission zu erarbeiten, die eine frühzeitige Sicherung von Standortregionen oder Planungsgebieten für potenzielle Endlagerstandorte ermöglicht.*
- *Um eine intensive und ergebnisoffene Beratung dieses Vorschlags zu ermöglichen, sollte geprüft werden, inwieweit eine Verschiebung der im Mai vorgesehenen Abstimmung im Bundesrat über die Verlängerung der Gorleben-Veränderungssperre auf die darauf folgende Sitzung des Bundesrates im Juni 2015 in Betracht kommt.*

Dabei hat sich die Kommission von der Überlegung leiten lassen, dass es für das Gelingen des Standortauswahlverfahrens entscheidend ist, dass zum Zeitpunkt der Auswahl potenziell geeignete Standorte auch real zur Verfügung stehen und nicht durch konkurrierende Nutzungen unbrauchbar gemacht werden und hierfür ein geeignetes Instrument zur Umsetzung der Sicherung geschaffen werden muss.

Die Landesregierung setzt sich für eine zügige und rechtssichere Durchführung des Standortauswahlverfahrens ein und teilt insoweit die dem Beschluss der Kommission zugrunde liegenden Überlegungen. Da die Suche, basierend auf wissenschaftlichen Kriterien, ohne Vorfestlegungen erfolgen soll, sind keine Regionen und kein Standort von vornherein ausgenommen. Dort, wo aufgrund der Suchkriterien ein Endlager möglich wäre, müssen sogenannte Veränderungssperren erlassen oder gleich wirksame rechtliche Instrumente geschaffen werden, damit diese nicht durch anderweitige Nutzung verändert werden. Dies hat die Bundesumweltministerin Hendricks vor kurzem in einem Interview der Stuttgarter Nachrichten klargestellt. Inwieweit hiervon auch mögliche Standortgebiete bzw. Standorte in Baden-Württemberg betroffen sein können, wird erst im Rahmen des Auswahlprozesses festgestellt werden können.

In Vertretung

Meinel

Ministerialdirektor